



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Bezirksausschuss Lette**
Sitzungsort : **Rathaus - Großer Ratssaal, Ratsstiege 1**
Sitzungstag : **Dienstag, 09.10.2018**
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**
Sitzungsende : **19:10 Uhr**

Vorsitz

Herr Thomas Populoh

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup
Herr Achim Berkenkötter
Herr Mirco Guthoff
Herr Achim Hakenholt
Frau Beate Mathmann
Herr Ralf Niebusch
Herr Dirk Ossenbrink
Herr Christian Philipper
Herr Carlo Reminghorst
Frau Katharina Schlotmann
Herr Karsten Schulten in Vertretung für Herrn Marc Berkenkötter
Herr Thomas Schulten
Herr Michael Velten in Vertretung für Herrn Gerd Rembrink
Herr Markus Westbrock in Vertretung für Herrn Steffen Vollenkemper
Herr Peter Wonnemann

Verwaltung

Frau Mechthild Gröver
Herr Karl-Friedrich Knop
Herr André Leson
Herr Jakob Schmid
Frau Andrea Westenhorst

Schriftführerin

Frau Corinna Baum

Gäste

Frau Jana Uphoff

Es fehlten entschuldigt:

Herr Marc Berkenkötter
Herr Gerd Rembrink
Herr Steffen Vollenkemper

vertreten durch Herrn Karsten Schulten
vertreten durch Herrn Michael Velten
vertreten durch Herrn Markus Westbrock

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Einwohnerfragestunde	4
2. Befangenheitserklärungen	4
3. Niederschrift über die Sitzung vom 13. März 2018	4
4. Pflegeeinrichtung im Ortsteil Lette Vorlage: B 2018/I/4074/1	5
5. Inhalt und Möglichkeiten des Förderprogramms Vital.NRW - Vortrag von Frau Jana Uphoff, Regionalmanagerin	8
6. Bericht des Bezirksausschussvorsitzenden	9
7. Bericht der Verwaltung	9
8. Umsetzung des Dorfentwicklungskonzeptes	9
9. Verwendung der Verfügungsmittel	9
10. Verschiedenes, u.a. Anfragen an die Verwaltung	10

Der Vorsitzende, Herr Populoh, begrüßt die Mitglieder des Bezirksausschusses Lette, die zahlreichen Zuhörer und Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“. Von der Verwaltung begrüßt er Herrn Bürgermeister Knop, Herrn Schmid, Herrn Leson, Frau Gröver, Frau Westenhorst und Frau Baum.

Herr Populoh teilt mit, dass Herr Marc Berkenkötter, Herr Steffen Vollenkemper und Herr Gerd Rembrink an der Sitzung nicht teilnehmen können.

Herr Berkenkötter schlägt dem Bezirksausschuss Lette vor, die Reihenfolge der Tagesordnung zu ändern. Der Tagesordnungspunkt „Pflegeeinrichtung in Lette“ solle vor dem Tagesordnungspunkt „Inhalt und Möglichkeiten des Förderprogramms Vital.NRW - Vortrag von Frau Jana Uphoff, Regionalmanagerin“ behandelt werden. Alle hiervon betroffenen Tagesordnungspunkte ändern sich entsprechend.

Der Bezirksausschuss Lette beschließt einstimmig die Änderung der Tagesordnung in der vorgeschlagenen Form.

Der Tagesordnungspunkt „Pflegeeinrichtung in Lette“ wird demnach unter Punkt 4 behandelt. Der Tagesordnungspunkt „Inhalt und Möglichkeiten des Förderprogramms Vital.NRW - Vortrag von Frau Jana Uphoff, Regionalmanagerin“ wird unter Tagesordnungspunkt 5 behandelt.

Herr Populoh stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Weitere Ergänzungen und Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Dann eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2. Befangenheitserklärungen

Frau Schlotmann und Herr Ossenbrink erklären sich für befangen zum Tagesordnungspunkt „Pflegeeinrichtung im Ortsteil Lette“.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Lette nimmt Kenntnis.

3. Niederschrift über die Sitzung vom 13. März 2018

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Lette nimmt die Niederschrift über die Sitzung vom 13. März 2018 zur Kenntnis.

4. Pflegeeinrichtung im Ortsteil Lette **Vorlage: B 2018/I/4074/1**

Frau Schlotmann und Herr Ossenbrink setzen sich in den Zuhörerbereich und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Knop begrüßt die anwesenden Mitglieder des Bezirksausschusses Lette und die Zuhörer. Er berichtet:

Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, für den Ortsteil Lette die Einrichtung von ca. 24 Plätzen in Pflege-Wohngemeinschaften vorzusehen und die hierfür erforderlichen stadtplanerischen Schritte einzuleiten.

Nach Auffassung der Verwaltung sollte ein Aufstellungsbeschluss zur Einleitung eines entsprechenden Bauleitplanverfahrens für das Grundstück östlich der St.-Vitus-Kirche gefasst werden. An diesem Standort bietet sich die Möglichkeit, die Einrichtung in der Nähe von Gemeinschaftseinrichtungen wie der Kirche, dem Heimathaus oder der Grundschule anzusiedeln, so dass den Bewohnern die aktive Teilhabe am Leben der örtlichen Gemeinschaft ermöglicht wird. Zudem handelt es sich um einen gewachsenen Standort, der aufgrund der parkähnlichen Nachbarschaft mit altem Baumbestand eine hohe Wohnqualität bieten kann. Die Fläche befindet sich bereits im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, eine Änderung könnte im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB erfolgen. Das Grundstück ist bereits erschlossen, Erschließungs- und Kanalanschlussbeiträge fallen nicht an.

Die Kirchengemeinde als Grundstückseigentümerin hat zugesagt, die benötigten Flächen durch Einräumen eines Erbbaurechts zur Verfügung zu stellen. Die First Retail Consult GmbH aus Bielefeld als interessierter Investor hat erste Gespräche mit zwei möglichen Betreibern geführt, um das Konzept inhaltlich, architektonisch und wirtschaftlich abzustimmen. Sofern das Projekt weiter verfolgt werden soll, wird unter anderem die Frage zu klären sein, in welcher Form neben den Pflege-Wohngemeinschaften auch Plätze für Tagespflege oder auch für Wohnungen integriert werden können. Der aktuelle Stand der Planung wird in der Sitzung vorgestellt. Nach dem derzeitigen Stand der Gespräche zeichnet sich ab, dass ein solches Projekt an diesem Standort realisiert werden kann. Die von der First Retail Consult GmbH in Auftrag gegebenen architektonischen Studien (Lageplan, Grundrisse, Ansichten) sind dieser Vorlage beigelegt.

Bekanntlich hat sich in Lette eine Bürgerinitiative gebildet, die sich gegen den von der Verwaltung favorisierten Standort ausspricht. Dieser sei, so die Bürgerinitiative, mit der avisierten Zahl von 24 Plätzen in zwei Pflegewohngemeinschaften nicht erweiterbar bzw. nicht „zukunftsfähig“.

Die Verwaltung nimmt die Standortfindung in Abstimmung mit dem Kreis Warendorf als Träger der Pflegeplanung möglichst sozialraumbezogen vor. Damit soll dem Wunsch der Menschen und dem gesetzlichen Auftrag aus dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) Rechnung getragen werden, insbesondere Pflege-Wohngemeinschaften wohnortnah anbieten zu können. Bezugsgröße bei der Frage, wie viele Plätze in einem „Sozialraum“ für angemessen erachtet werden, ist die Anzahl der Bewohner über 80 bzw. – um einen weiteren Ausblick zu ermöglichen – über 65 Jahre. Der Mittelwert der 24-Stunden-Versorgung der Städte im Kreis Warendorf liegt bei ca. 50 Plätzen je 1.000 Einwohner über 65 Jahren, Lette käme bei weiteren 24 Plätzen in Pflege-WGs auf 67 Plätze je 1.000 Einwohner über 65 Jahren. Im kreisweiten Vergleich ebenso wie im Vergleich zu Oelde und den übrigen Ortsteilen bestünde mit einer solchen Einrichtung eine erstklassige Versorgungsquote, in der zukünftige Bedarfe bereits mitgedacht sind.

Gleichzeitig ist es nach den gesetzlichen Vorgaben des WTG so, dass Pflege-Wohngemeinschaften mit mehr als 24 Plätzen die deutlich höheren gesetzlichen Anforderungen einer vollstationären Einrichtung erfüllen müssen. In diesem Fall tragen sich die Einrichtungen jedoch wirtschaftlich in der Regel nicht mehr. Eine Erweiterbarkeit einer solchen Einrichtung wäre also an keinem Standort

möglich. Weil es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll ist, ein Mit- und Nebeneinander von Jung und Alt an unterschiedlichen Standorten zu ermöglichen, würde es sich für mögliche weitere zukünftige Bedarfe ohnehin anbieten, eine weitere Einrichtung an einem alternativen Standort zu verwirklichen. Eine Konzentration von Pflegeplätzen an einer Stelle sollte aus Sicht der Verwaltung nicht vordringlich angestrebt werden.

In der Ratssitzung am 17.09.2018 wurde die Erwartung geäußert, auch die Rahmenbedingungen für eine als Alternativstandort im Gespräch befindliche Fläche westlich der Hauptstraße hinter dem „Hotel Hartmann“ darzustellen.

Diese Fläche befindet sich im planungsrechtlichen Außenbereich. Das Planungsrecht müsste hier durch eine Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungsplans erst geschaffen werden. Regionalplanerisch ist seitens der Bezirksregierung Münster signalisiert worden, dass – sofern nur ein Teilbereich der Fläche für ein Pflegewohnprojekt der o.g. Größenordnung in Anspruch genommen werden soll – möglicherweise keine Änderung erforderlich ist. Eine verbindliche Auskunft müsste bei einer Konkretisierung des Projekts noch eingeholt werden.

Durch die nordwestlich des Grundstücks gelegene Hofstelle ist der Standort in einem möglichen Bauleitplanverfahren auf jedem Fall auch unter immissionschutzrechtlich zu begutachten, denn die Hofstelle genießt als privilegierter Betrieb im Außenbereich einen Schutzanspruch gegen heranrückende Wohnbebauung. Als Richtwert kann davon ausgegangen werden, dass zu der Hofstelle ein Mindestabstand von 100 Metern eingehalten werden muss. Der tatsächliche Abstand müsste aufgrund der individuellen Verhältnisse gutachterlich ermittelt werden. Für eine erste Einschätzung wird der in etwa einzuhaltende 100-Meter-Abstand im als Anlage beigefügten Plan dargestellt. Jede weitere Bebauung auf dem Grundstück würde eine Änderung des Regionalplans erfordern. Eine solche Änderung könnte jedoch ebenso wenig wie ein örtliches Bauleitplanverfahren (FNP-Änderung, Aufstellung eines Bebauungsplans) den Schutzanspruch der Hofstelle beseitigen. Eine Erweiterung in den im Plan gekennzeichneten Abstandsbereich hinein wird voraussichtlich nur bei Aufgabe der Hofstelle möglich sein.

Auch wenn sich das Grundstück im planungsrechtlichen Außenbereich befindet, gilt es hinsichtlich der Erschließungs- und Kanalanschlussbeiträge bereits als erschlossen, so dass diese nicht anfallen würden. Jedoch ist ein Umweltbericht zu der Fläche zu erstellen, abhängig von dessen Ergebnis ist der Eingriff in die Natur durch geeignete Maßnahmen oder durch Erwerb von Punkten aus dem Ökokonto Oelde zu kompensieren. Da die Anbindung einer neuen Einrichtung über die bisherige Stellplatzfläche erfolgen müsste, wäre zudem zu klären, ob und in welcher Zahl dem Hotel zugeordnete Stellplätze an anderer Stelle neu geschaffen werden müssten.

Herr Knop hebt nochmals hervor, dass die Verwaltung das Grundstück hinter der Kirche für am schnellsten und unkompliziertesten realisierbar hält. Einer anderslautenden Beschlussempfehlung an den Rat durch den Bezirksausschuss Lette stehe nichts entgegen.

Herr Populoh teilt mit, dass zwischenzeitlich weitere Gespräche mit den Fraktionen stattgefunden hätten, um nach einer geeigneten Lösung zu suchen. Inzwischen sei auch ein Antrag der FWG-Fraktion hierzu eingereicht worden. Herr Populoh bittet Herrn Niebusch diesen Antrag (siehe Anhang) vorzustellen.

Herr Niebusch trägt vor:

Die Einrichtung von Pflegeplätzen im Ortsteil Lette ist politisch und in der Bevölkerung Lettes unumstritten.

Angezweifelt wird jedoch, dass der Standort an der Kirche der richtige sei. Insbesondere die mangelnde Erweiterungsmöglichkeiten über die Einrichtung von 24 Plätzen in Pflege-Wohngemeinschaften hinaus führt zu einer Ablehnung des Standortes.

Der Antrag soll der Verwaltung und anderen Beteiligten genügend Zeit geben, eine vertragsreife Alternative zu erarbeiten.

Der FWG geht es primär um den dringenden Bedarf der Menschen in Lette, Angehörige oder sich selbst in der Nähe von Lette mit Pflegeplätzen zu versorgen.

Unter Berücksichtigung der Bedarfe der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen soll die Prüfung und Planung des ersten Schrittes der Alternative deshalb innerhalb des Jahres 2019 abgeschlossen sein.

Herr Knop möchte in diesem Zusammenhang klarstellen und ausdrücklich betonen, dass die Verwaltung keinen Einfluss auf die Grundstücksverhandlungen und deren Vertragsinhalte nehmen könne. Die Stadt Oelde könne hier nur insoweit unterstützen, indem sie den Kontakt zwischen Investor, Grundstückseigentümer und Betreiber herstelle. Eben dies sei bereits getan worden. Sobald unter den Vertragsbeteiligten Einigkeit herrsche, werde anhand erster Planungsentwürfe entsprechendes Planungsrecht geschaffen.

Herr Schmid schlägt zur Klarstellung der Rolle der Stadt Oelde hierbei vor, die Formulierung im Antrag der FWG-Fraktion dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung die Maßnahme stadtplanerisch begleiten werde.

Herr Niebusch ist der Auffassung, dass die Formulierung im 2. Absatz „...so zu begleiten, dass vertragliche und konzeptionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es erlauben, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten“ diesen Punkt aufgreife. Es herrscht im Ausschuss Einigkeit darüber, dass die Formulierung ebenso zu verstehen sei.

Herr Berkenkötter ist der Meinung, dass die Verwaltung nach einem neuen Investor suchen solle, falls das Grundstücksgeschäft mit dem bisherigen Investor nicht zustande kommen sollte.

Herr Knop sagt zu, dass die Verwaltung in diesem Fall entsprechende Versuche tätigen werde.

Bezüglich des 3. Absatzes des Antrages merkt Herr Austrup an, dass, sofern an den bisherigen Planungen weiter gearbeitet werden sollte, diese dann eine kleinere Version des Gebäudes auf dem Kirchengrundstück vorsehen sollten.

Herr Knop verweist auf den getroffenen Ratsbeschluss vom 18.09.2017 über die Anzahl von ca. 24 Plätzen in Pflege-Wohngemeinschaften plus Tagespflegeplätze hin. Die Größe des Gebäudes hänge letztlich auch von der konkreten Anzahl der Plätze ab.

Herr Berkenkötter entgegnet, dass die beschlossenen „ca.“ 24 Plätze auch unterschiedlich ausgelegt werden können, nämlich auch mehr als 24. Der Bedarf in Lette sei jedoch vielfach diskutiert worden, sodass die SPD-Fraktion nicht weniger, sondern eher mehr als die beschlossenen Plätze präferieren würde.

Herr Schmid erklärt, dass das Gebäude bei einer Anzahl von 24 Plätzen zweigeschossig gebaut könnte. Konkretes würde aber dann erst besprochen, wenn die bisherigen Planungen wieder aufgenommen werden sollten.

Herr Niebusch ist ebenfalls dieser Meinung. Zunächst müsse der Standort der Pflegeeinrichtung geklärt werden, bevor über die Größe des Gebäudes diskutiert werden könne.

Herr Populoh hebt hervor, dass für den Ortsteil Lette bereits einiges getan worden sei, um Lette weiterzuentwickeln und voranzubringen. Er führt als Beispiel das Haus Anna, eine Pflegeeinrichtung für ambulant betreutes Wohnen, an.

Da in der Vergangenheit zur Thematik Pflegeeinrichtung eher emotional diskutiert worden sei, bittet er den Ausschuss nach der heutigen ruhigen und sachlichen Diskussion auch weiterhin auf dieser Ebene weiter zu diskutieren. Er dankt der Verwaltung für die bisherige gute Zusammenarbeit.

Herr Berkenkötter und Herr Austrup sehen die hier erfolgte Diskussion ebenfalls positiv und als Zeichen dafür, dass mit Zusammenarbeit, Gutes erreicht werden kann.

Herr Knop erklärt, dass auch wenn der Beschlussvorschlag der Verwaltung im Ausschuss keine Zustimmung gefunden habe, die Verwaltung den getroffenen Beschluss genauso engagiert und bestmöglich umsetzen werden, wie andere Beschlüsse bisher auch.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss empfiehlt dem einstimmig Rat, die Verwaltung zu beauftragen:

1. Die Planungen zur Einrichtung der Altenpflege auf dem Grundstück östlich der St.-Vitus-Kirche sollen bis auf Weiteres ruhen.
2. Alternativ soll eine Planung für das Grundstück westlich der Hauptstraße hinter dem Hotel Hartmann aufgenommen werden.

Diese Planung soll im ersten Schritt darin bestehen, unter Berücksichtigung der aktuellen Möglichkeiten der Regionalplanung den Eigentümer des Grundstücks, einen potentiellen Investor und einen potentiellen Betreiber einer Einrichtung der Altenpflege so zu begleiten, dass vertragliche und konzeptionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es erlauben, ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten.

Nach Möglichkeit soll bis zur Sitzung des Bezirksausschusses Lette Ende März 2019 feststehen, ob ein Kaufvertrag zwischen dem Grundstückseigentümer und potentiellen Investoren zustande kommen wird.

In einem weiteren Schritt soll unter Berücksichtigung von Abstandsflächen zu landwirtschaftlichen Betrieben und zu Sportstätten und unter Berücksichtigung weiterer Eigentumsverhältnisse im Rahmen der Regionalplanung eine Erweiterung der o.g. Einrichtung oder die Schaffung einer zweiten Einrichtung ermöglicht werden.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses Lette sollen fortlaufend - mindestens aber alle zwei Monate - über den Projektfortschritt informiert werden.

3. Gelingt es nicht innerhalb des Jahres 2019, den ersten Schritt der alternativen Planung zu realisieren, soll die bisherige Planung wiederaufgenommen werden. Zur Realisierbarkeit gehören mindestens die verlässliche Übereinkunft von Grundstückseigentümer und Investor zur Überlassung des für den ersten Schritt notwendigen Grundstücks sowie die Präsentation eines Betreibers durch den Investor.

<p>5. Inhalt und Möglichkeiten des Förderprogramms Vital.NRW - Vortrag von Frau Jana Uphoff, Regionalmanagerin</p>

Frau Uphoff stellt sich und das seit 2016 bestehende Förderprogramm Vital.NRW zur Entwicklung des ländlichen Raumes und Umsetzung regionaler Entwicklungsstrategien im ländlichen Raum anhand einer Präsentation (siehe Anhang) vor.

Herr Populoh lädt Frau Uphoff in diesem Rahmen zur nächsten Sitzung der DEK-Lenkungsgruppe ein.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Lette nimmt den Vortrag von Frau Uphoff zum Förderprogramm Vital.NRW zur Kenntnis.

6. Bericht des Bezirksausschussvorsitzenden

entfällt

7. Bericht der Verwaltung

Es liegen keine zu berichtenden Sachverhalte im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8. Umsetzung des Dorfentwicklungskonzeptes

Herr Populoh berichtet über die in diesem Jahr durchgeführten bzw. noch durchzuführenden Projekte:

- Verpflegungsstand Sportplatz
- Dorfbüro (Miete Heimathaus, div. Veranstaltungen)
- Dorfarchiv (Vitrinen, Stellwände)
- Friedhof (Bank, Schild, Laminiergerät, Stele Ruhehain)
- Förderverein Kindergarten (Sanierung Außenanlagen, neues Bällebecken)
- Weihnachtsbeleuchtung (weitere Sterne)
- Sportplatz (Internetzugang)

Für das Jahr 2019 seien folgende Projektwünsche in der DEK-Lenkungsgruppe vorgestellt worden:

- Öffentlicher Bücherschrank
- Weihnachtsbeleuchtung (weitere Sterne)
- Sportplatz / Schließanlage
- Förderverein Kindergarten (Fahrzeuge Außenbereich)
- Dorfarchiv (Bildbände, Zeitstrahl)
- Outdoor-Tischtennisplatte
- Friedhof
- Stromtankstelle

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9. Verwendung der Verfügungsmittel

Herr Populoh erklärt, dass von den Verfügungsmitteln noch 357,46 € übrig seien und erkundigt sich nach Vorschlägen zur Verwendung dieser.

Herr Austrup schlägt vor, die Mittel der DEK-Lenkungsgruppe zur Verfügung zu stellen, da viele Projekte aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar seien. Herr Populoh bestätigt dies.

Herr Berkenkötter regt an, die Mittel dem Flüchtlingsheim zur Verfügung zu stellen, falls die DEK-Lenkungsgruppe keine Verwendung für die Mittel hat.

Beschluss:

Der Bezirksausschuss Lette beschließt einstimmig die Verwendungsmittel wie folgt zu verwenden:

Die Mittel sollen vorrangig für die Umsetzung des Dorfentwicklungskonzeptes verwendet werden. Sofern dort keine Verwendung für die Mittel besteht, sollen die übrigen Verwendungsmittel dem Flüchtlingsheim in Lette zur Verfügung gestellt werden.

10. Verschiedenes, u.a. Anfragen an die Verwaltung

Frau Mathmann thematisiert die Reinigung in der Letter Grundschule. Sie erkundigt sich nach dem derzeitigen Reinigungsintervall der Schultische und Gardinen, sowie nach Verbesserungsmöglichkeiten und der Handhabung in anderen Oelder Schulen.

Herr Leson teilt mit, dass die Schultische in den Grundschulen aktuell 1 x wöchentlich durch einen externen Dienstleister im Rahmen der Unterhaltsreinigung gereinigt würden. Verunreinigungen, die durch die Schüler in der Frühstückspause erfolgen, müssten gegebenenfalls durch die Schüler beseitigt werden, da die Gebäudereinigungsfirma erst am Nachmittag / Abend die Reinigung im Gebäude aufnehme. Somit blieben selbst bei täglicher Reinigung die Tische nach der Frühstückspause (3. bis 6. Unterrichtsstunde) mit Frühstücksresten verschmutzt. Die 1 x wöchentliche Reinigung diene derzeit der Beseitigung von Tinten- oder Kleberesten auf Tischen. Die Gardinen würden in Kürze gereinigt werden.

Herr Knop gibt Frau Mathmann in dem Punkt recht, dass zu wenig gereinigt werde. Die Reinigungsintervalle seien zurückgefahren worden, da die entsprechenden finanziellen Mittel gekürzt worden seien. Da die Grundschüler, anders als in den weiterführenden Schulen, in den Klassenräumen essen würden, sei dies dort am ehesten zu sehen. Die Problematik solle jedoch auch vor dem Hintergrund des Ganztages im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport angesprochen werden.

Herr Schulten regt an, die Übergangsphase für die Fußgängerampel zu verlängern, da diese zu kurz sei. Herr Leson sagt eine Überprüfung und Klärung mit dem Straßenbaulastträger zu.

Herr Populoh erkundigt sich nach dem Sachstand der Entwicklung neuer Wohnbaugebiete. Herr Leson erklärt, dass auf den betreffenden Flächen in Lette die artenschutzrechtliche Prüfung mit dem Ergebnis abgeschlossen sei, dass einer Wohnbebauung auf den Flächen keine größeren Probleme entgegen stünden. Die Grundstücksverhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Auf Nachfrage von Herrn Populoh zu einem realistischen Umsetzungszeitraum, teilt Herr Leson mit, dass bislang nicht geklärt worden sei, welcher Ortsteil Priorität bei der Wohnbauentwicklung habe. Eine solche Entscheidung solle auch über die Haushaltsplanberatungen getroffen werden, da entsprechende Mittel zur Planung im Haushaltsplan bereitgestellt werden müssten.

Herr Austrup bittet um Weiterentwicklung des Sportplatzes. Außerdem dankt er der Verwaltung für die Maßnahmen zur Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit auf der Oststraße. Die Situation habe sich dort wesentlich verbessert. Herr Leson ergänzt, dass Ziel der Maßnahmen gewesen sei, die Bankette haltbarer zu machen. Durch die Leitpfosten seien die Verkehrsteilnehmer nun gezwungen langsamer zu fahren, sodass eine längere Haltbarkeit der Bankette gewährleistet sei.

Herr Schulten erkundigt sich nach einem möglichen neuen Standort für die Wertstoffcontainer. Herr Leson erklärt, dass bisher kein geeigneter Standort gefunden worden sei. Herr Schulten regt an, in dem neuen Wohnbaugebiet einen Standort vorzusehen. Herr Leson sagt, eine Überprüfung zu.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Thomas Populoh
Vorsitzender

Corinna Baum
Schriftführerin